

Pressemitteilung

Wiesbaden, den 17. März 2025

Kritik der hessischen Ausländerbeiräte an der Bezahlkarte für Geflüchtete hält an:

Die Einführung der Bezahlkarte ist abzulehnen, ebenso vermeintliche Verbesserungen an ihr!

Delegierte der kommunalen Ausländerbeiräte diskutierten im Rahmen ihrer Plenarsitzung am 15.03.2025 in Hanau über den weiteren Umgang mit der umstrittenen Bezahlkarte

Am vergangenen Samstag trafen sich die Delegierten der hessischen Ausländerbeiräte zu ihrer Plenarsitzung in Hanau und diskutierten u.a. auch über das Thema „Bezahlkarte“.

Dabei wurde abermals Kritik an diesem Instrument der Bevormundung laut: „Die Einführung der Bezahlkarte war, ist und bleibt ein Fehler! Ihre Einführung entbehrt jeder sachlichen Begründung. Die mit der Einführung verbundenen Ziele halten einer evidenzbasierten Überprüfung nicht stand“, so der Landesvorsitzende Enis Gülegen in der Sitzung.

Zudem gibt es nicht nur nach Auffassung der Ausländerbeiräte keine empirisch nachgewiesene Wirksamkeit, die die Bezahlkarte rechtfertigen könnte. Ganz im Gegenteil: Statistische Zahlen belegen, dass beispielsweise Geldüberweisungen in die Hauptherkunftsländer der Geflüchteten eher marginal sind und waren.

Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Diskussion um vermeintliche „Verbesserungen“ an der Ausgestaltung der Bezahlkarte (z.B. Erhöhung des verfügbaren Geldbetrages, freie und nicht ortsbezogene Nutzung, keine Einschränkung auf bestimmte Warengruppen und Dienstleistungen, etc.) abzulehnen. Hierzu der agah-Vorsitzende weiter: „Sich für vermeintliche „Verbesserungen“ einzusetzen ist ehrenhaft, verkennt jedoch unsere mit der Bezahlkarte verbundenen grundsätzlichen Bedenken. Sie diskriminiert die zu ihrer Nutzung verpflichteten Personen und bedient letztlich rechtspopulistische Narrative. Dies ist nicht vertretbar“, so Enis Gülegen abschließend.